

1933, 1989 und heute

✘ Ich bin ein typisches „Kind der DDR“. Neun Jahre nach dem Krieg geboren, dessen wahre Ursachen zu dieser Zeit keiner hinterfragte, sondern alle, die dabei waren, nur zusammenfassten mit den Worten „Nie wieder Krieg!“. Das war ehrlich gemeint und wir Nachgeborenen, die wir das Glück hatten, in einer Gesellschaft groß zu werden, wo es erst einmal nur bergauf ging, glaubten auch der Propaganda und verurteilten alle, die „mitgemacht haben“.

(Von Tolkewitzer)

Natürlich war der Hauptschuldige der Hitler-Faschismus. Und die Guten waren die, die zwischen 1933 und 1945 eingesperrt waren. Selbst ein späterer Kollege, der während des Krieges als Postbeamter Päckchen unterschlagen hatte, also kriminell war, und deswegen ein paar Jahre im KZ saß, spielte sich hinterher als VVNer, Verfolgter des Nazi-Regimes, auf und kassierte eine stattliche Rente. Als Schüler fragte ich einmal meine Eltern, warum sie den Aufstieg Hitlers nicht verhindert hätten? Heute schäme ich mich für diese Frage. Mein Vater war souverän genug und antwortete nur, dass ich eines Tages von selbst darauf käme.

1989 dann, als die Unzufriedenheit im Volke immer größer wurde und die ersten Demonstrationen begannen, dachte keiner daran, die DDR zu beseitigen. Diese Vorstellung gar von einem geeinten Deutschland, war aus den meisten Köpfen heraufgezogen worden. Hinzu kam, daß wir ja ständig die Besucher aus dem Westen erlebten, mit ihren geleasteten oder anderweitig finanzierten großen Autos, die gönnerhaft mal mit uns in den Intershop gingen und indirekt verlauten ließen, wenn wir fleißiger wären, könnten wir uns das ja auch leisten.

Dabei waren wir stolz auf unser bisschen DDR. Auf die Exporte, die vom Westen mit Kusshand genommen dann trotz der hohen

Qualität verramscht wurden, während wir uns mit der minderwertigen Ware zufrieden geben mußten. Auf die Erfolge, die unsere Sportler erzielten, auf den langen Frieden, dessen Erhaltung wir letztlich teuer bezahlten. Wir wollten die DDR nicht beseitigen, wir wollten sie nur besser machen. Deshalb gingen wir montags auf die Straße.

Auch hier war es anders, als die meisten heute erzählen. Erst waren es nur wenige. Und dann, so nach und nach, als es fast zum guten Ton gehörte, dienstags zu erzählen, dass man „dabei“ war und man auch in der Anonymität unterging, wurden es mehr.

Ich habe große Hochachtung vor den „Aktivisten der ersten Stunde“. Doch die verschwanden schnell in der Versenkung und andere schmückten sich und übernahmen lukrative Posten in Politik und Verwaltung. Sie logen sich bis in die höchsten Ämter.

Auch ich stieß erst relativ spät dazu und die nachfolgende Entwicklung überrumpelte mich geradewegs. Gut, ich war Diplom-Ingenieur mit einer fundierten DDR-Ausbildung, nutzte nun jede Gelegenheit, mich mit dem neuen System zu befassen und nahm jede Weiterbildungsmöglichkeit des Betriebes wahr, die Marktwirtschaft zu begreifen. So konnte ich mich dann auch sehr schnell selbständig machen und nach einer anfänglich schweren Zeit ging es mir relativ gut.

Vielleicht wegen des „Bauchgeföhles“ erkannte ich auch die meisten Krisen beizeiten und wappnete mich, so daß ich heute zufrieden und glücklich sein könnte. Doch genau das trieb mich an, als ich 2014 von der Pegida-Bewegung erfuhr.

Beim 4. Spaziergang bin ich aus Neugierde hingegangen und konnte feststellen, dass das, im Gegensatz zur Propaganda, wieder die gleichen Leute waren, denen ich bei den Montagsdemos 1989 bereits begegnet war. Ich meine nicht, dass ich jeden einzelnen erkannte, sondern vom Menschentyp her. Es waren Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft, die

wiederum nicht die Bundesrepublik beseitigen wollten, sondern einfach nur besorgt waren, welche Richtung die Politik nahm. Diesmal wollte ich nicht erst warten, bis es mehr wären, sondern beschloss, jede Woche ein paar Stunden meiner Freizeit zu opfern und Gesicht zu zeigen.

Ich dachte dabei auch an die Worte meines Vaters und dass ich auf die Fragen meiner Enkel, was ich denn damals dagegen getan habe, wenigstens eine klare Antwort geben könne. Später goss ich meine Gedanken in Texte, die mein Freund vertonte und sang. Diese Lieder brannten wir auf CDs und verschenkten inzwischen hunderte davon an die unermüdeten Mitdemonstranten.

Hier eines davon – „Marsch für Pegida“:

Inzwischen sind es so viele Lieder, dass meine Enkel eines Tages darin eine kleine Beschreibung der heutigen Zeit erkennen können. Ja, Opa stand nicht abseits und hat einfach nur zugeschaut, wie unser Land vor die Hunde geht, „weil man als Einzelner ohnehin nichts machen könne“!

Warum erzähle ich das eigentlich? Wieder stehen uns auf unseren Spaziergängen junge Leute gegenüber, die das unsägliche politische System verteidigen und uns, die wir unsere zutiefst demokratischen Rechte wahrnehmen, als Ewiggestrige verunglimpfen. Ich erinnere mich dabei jedes Mal an die FDJler und die Stasiprovokateure, die uns 1989 als subversive Elemente und Konterrevolutionäre beschimpften. Die Gleichen, die kurz darauf schneller gewendet waren, als wir uns versehen konnten.

Diese FDJler nennen sich heute in alter Tradition Antifa und fühlen sich als die Guten, nur daß sie keine bessere BRD wollen, sondern sich Anarchie wünschen, die nicht begreifen, daß sich Vielfalt nur abgegrenzt entwickeln kann, daß sie „Kalkutta nicht helfen, indem sie alle Menschen aus Kalkutta zu uns holen, sondern damit uns selbst zu Kalkutta machen“ –

bis sie eines Tages von ihren Kindern gefragt werden ... aber das hatten wir schon.

Für alle, die nun empört aufschreien – dies ist nur eine subjektive Empfindung von mir. Andere mögen das für sich alles anders erlebt haben, aber Ausnahmen bestätigen bekanntermaßen die Regel.

Die überregionalen Tageszeitungen (nur Deutschland)		
	verkaufte Auflage	
	2011/III	vs. 2010/III
Deutschland	2.858.152	-19%
deutsche Zeitung	359.161	-1%
Frankfurter Allgemeine	276.498	-1%
Welt Ges. (+ Welt Kompakt)	152.125	-1%
Frankfurter Rundschau	86.550	-1%
Tagesspiegel	84.515	-1%
Frankfurter Allgemeine Zeitung gesamt	50.016	-1%
Frankfurter Allgemeine Zeitung Deutschland	49.107	-1%
Frankfurter Allgemeine Zeitung Gesamt	35.442	-1%

Daten-Quelle: IVW / Tabell

Stuttgart: Linksterror gegen AfD eskaliert weiter

✘ Der [Kreisverband der AfD-Stuttgart](#) schreibt heute: *Der geprügelte Stadtrat Brett erholt sich noch von seiner Gehirnerschütterung, da schlägt die Sturmabteilung Stuttgart erneut zu: Diesmal wurde das Haus eines Bezirksbeirats und Kreisvorstandes der AfD durch die sogenannte „Anti“fa beschmiert. Schauen Sie sich die Berichte der letzten Tage und die Bilder gut an, liebe Leser:[[PI berichtete](#)] Diese Faschisten werden von Kirchen, Gewerkschaften und Altparteien mindestens toleriert, schlimmstenfalls unterstützt. So sieht demokratischer Diskurs in Deutschland 2017 aus!*

Antifa zerstört Eigentum ungeniert bei Tageslicht unter den Augen der Öffentlichkeit

Wie PI erfuhr, war der betroffene Bezirksbeirat, Udo Abzieher während des Anschlags zuhause. Ca. 20 Personen blockierten

gestern Abend die Straße vor seinem Haus und grölten mithilfe eines Megafons Drohungen, wie: „Du Nazi komm raus“, und „Du Rassist“. Die Lynchtruppe der Antifa marschierte außerdem mit Plakaten und Fahnen auf.



**PRESS CRUS
UT OF EUR**

Wie sicher sich die Sturmtruppen der sich als rote SA gebärdenden Demokratiefeinde vor einer möglichen Strafverfolgung fühlen, zeigte sich daran, dass diese bei hellichtem Tage ihre Parolen an die Hauswand Abziehers sprühten. Zudem wurde eine Reihe an Hetzpamphleten, im Stile von Fahndungsplakaten, ebenfalls an die Hauswand geklebt und in der Nachbarschaft verteilt.



Peinlich dabei: die Täter zeigten ihr Unvermögen auch darin,

dass sie nicht in der Lage waren, den Namen des Angegriffenen korrekt auf die Hauswand zu sprühen.

Abzieher verständigte umgehend die Polizei, die allerdings bis zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Tatverdächtigen ermitteln konnte.

Udo Abzieher wurde jedoch von der Polizei darüber informiert, dass der linke gewalttätige Straßentrupp, nach der Aktion an seinem Haus, auch am Stuttgarter Erwin Schöttle-Platz besagte „Informations-Flyer“ verteilte. Ein Passant fand das nicht gut und wurde in der Folge so zusammengeschlagen, dass er im Krankenhaus behandelt werden musste.



Merkel hofiert die Saudis

✘ Außenminister [Sigmar Gabriel brüskierte kürzlich](#) das Israelische Staatsoberhaupt Benjamin Netanjahu, indem er einen Besuch bei linksradikalen Israelfeinden und Judenhassern dem bei Netanjahu vorzog. Fast zeitgleich hofiert die deutsche Bundeskanzlerin den [Kopfabschneiderstaat](#) Saudi Arabien, dort unterzeichnete sie ein Abkommen, demnach künftig saudische Militärangehörige in Deutschland bei der Bundeswehr ausgebildet werden sollen. Wie viele Kampfazubis nach Deutschland kommen werden, steht noch nicht fest. „Es gibt viel Kooperation zwischen unseren beiden Ländern mit Auswirkungen auf die weltweite Sicherheit ebenso wie für die

Stabilität im Nahen Osten und bei der Unterstützung von Entwicklungsländern in Afrika“, [erklärte der saudische Informationsminister](#) Awad el Awad.

Mittags war Merkel in der Hafenstadt Dschidda angekommen, um mit König Salman bin Abdelaziz al Saud zu Mittag zu essen. Offiziell diente der Besuch dazu den G20-Gipfel Anfang Juli in Hamburg vorzubereiten. Deutschland hat derzeit die Präsidentschaft der G20 inne. Aber auch über Terror-Bekämpfung und Frauenrechte sollte sich ausgetauscht werden. Frauenrechte gibt es nicht in Saudi Arabien, aber dafür ist der Schariastaat maßgeblich an der Finanzierung des internationalen Terrors beteiligt.



Angeblich will Saudi Arabien künftig auf Waffengeschäfte mit Deutschland verzichten, dafür soll das Land aber bei der „digitalen industriellen Transformation“ unterstützt werden und der Siemens-Konzern soll bei der Ausbildung saudischer Arbeitskräfte behilflich sein.

Deutschland festigt so seine Beziehungen zum islamischen Terror- und Schariastaat und strebt weitere wirtschaftliche Verflechtungen an. Nach dem desaströsen Türkendeal bemüht die Untergangskanzlerin sich hier um weitere „gute Beziehungen“ zum Islam und seinen Blutschergen, die auch hier nehmen werden, was sie kriegen können und sich, wie Erdogan, nicht darum scheren werden, was Merkel der Form halber möglicherweise über „gemeinsame Friedensprojekte“ fabuliert.
(lsg)



Stuttgart: Caritas und Linksextremisten

☒ Dr. Dirk Spaniel, Direktkandidat zur Bundestagswahl 2017 berichtet über Hintergründe zum zuletzt auf Stadtrat Brett verübten Anschlag ([PI berichtete](#)). Welche Rolle dabei die Caritas und deren Führungsriege spielt, welche linksradikalen und polizeibekanntem Akteure in diesem Sumpf, der für Einschüchterung und Terror mitverantwortlich ist, auftreten.

Auf der Seite der [AfD-Stuttgart ist zu lesen:](#)

Am vergangenen Donnerstag kam es vor der Eröffnung der AfD-Wahlkampfveranstaltung in Stuttgart Rot zu einem schweren Zwischenfall.

Der Rechtsanwalt, Stadtrat und Mitglied der AfD-Fraktion im Stuttgarter Rathaus, Eberhard Brett, wurde auf dem Weg von Haltestelle Schozacher Straße zum Bürgerhaus Rot Opfer eines feigen hinterhältigen Angriffs.

Unser Bundestagskandidat [Dr. Dirk Spaniel](#) nachfolgend zum Angriff auf Stadtrat Brett und die Hintergründe:

Dieser Vorfall hätte verhindert werden können, wenn nicht Herr Joachim Treiber, Heimleiter der Caritas in Rot, sich zu Wort gemeldet hätte. Er war es, der einer vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppe, der Antifa, eine Plattform für ihre Art des Protestes gegeben hat.

Es sollte allgemein bekannt sein, um wen es sich bei der Antifa handelt. Ich zitiere aus dem Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz:

„Der ‚antifaschistische Kampf‘ ist ein Hauptagitationsfeld von Autonomen. Aus ihrer Sicht ist es geboten, den Kampf gegen Faschisten und Rassisten in die eigenen Hände zu nehmen.“ Also im Gegensatz zur AfD, die sich nicht nur zum Grundgesetz bekennt, sondern sich auch ausdrücklich darauf beruft, haben wir es hier mit Menschen zu tun, die das staatliche Gewaltmonopol ablehnen.“

Das Bundesamt für Verfassungsschutz weiter: „Die Agitation richtet sich auch gegen bestimmte staatliche Einrichtungen oder ihre Repräsentanten. Darüber hinaus werden Adressen und ‚Steckbriefe‘ von politischen Gegnern veröffentlicht, die nicht selten mit der Aufforderung verbunden sind, diese Personen anzugreifen. Im Rahmen der ‚antifaschistischen Selbsthilfe‘ werden auch militante Aktionen befürwortet, die sich in erster Linie gegen den politischen Gegner, insbesondere tatsächliche oder vermeintliche ‚Nazis‘ richten. Dadurch kommt es regelmäßig zu hohen Sachschäden, aber auch zu Personenschäden.“

Bezeichnend für Autonome ist die Ablehnung staatlicher und gesellschaftlicher Normen und Zwänge, der Widerstand gegen den demokratischen Staat und seine Institutionen, wobei Gewalt von Autonomen grundsätzlich als Aktionsmittel (‚militante Politik‘) akzeptiert ist. Autonome bilden den weitaus größten Anteil des gewaltbereiten linksextremistischen Personenpotenzials.

Eine klassische Form autonomer Gewalt ist die so genannte Massenmilitanz. Das sind Straßenkrawalle, die sich im Rahmen von Demonstrationen oder im Anschluss daran entwickeln. Hierbei kommt es regelmäßig auch zu Gewaltexzessen.“

Soweit das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Diese Gruppierung hätte ohne das von Herrn Joachim Treiber zur Verfügung gestellte Caritas Areal keine Möglichkeit zu einem legalen Protest gehabt. Jetzt könnte man sagen: Gut, ein kleiner Heimleiter war sich der Tragweite seines ‚einsamen‘ Entschlusses nicht bewusst. Wohnt er im Wolkenkuckucksheim? Hat Herr Treiber von der Antifa noch nie etwas gehört. Hält er sie vielleicht sogar für eine Folklore-Tanzgruppe?

Nein, er hatte Rückendeckung des Vorstandes der Caritas in Stuttgart, Herrn Raphael Graf von Deym. Und DAS ist der wirkliche Skandal.

Herrn Raphael Graf von Deym wird sich jetzt fragen lassen müssen, warum er Autonome Linksextreme, vom Verfassungsschutz beobachtete Gewalttäter, die unsere Demokratie bekämpfen, unterstützt? Doch der Reihe nach. Der Wahlkampföffnung der AfD für den Bundestag war für den 27. April im Bürgerhaus Stuttgart–Rot terminiert. Tage vorher hatte die Antifa zu Demonstrationen gegen die AfD aufgerufen.

Am 26.04. um 14:00 war die Begehung der Innenräume wie Außenbereiche durch die Polizei, des AfD-Sicherheitsdienstes und der Verantwortlichen des Bürgerhauses Rot angesetzt. Aufgrund der vorgefundenen Örtlichkeit kam die Polizei zu dem Schluss, dass eine Demonstration gegen die AfD nicht möglich sei, da dafür keine ausreichenden Flächen zur Verfügung stünden. Eine Demonstration auf öffentlichen Straßen käme aus Sicherheitsbedenken nicht in Frage.

Plötzlich tritt Heimleiter Joachim Treiber auf den Plan, er erklärt sechs Parkplätze des Caritas Heimes für die Gegendemonstrationen freizugeben. Herr Treiber lässt sich von seiner Meinung auch durch Sicherheitsbedenken nicht abbringen.

Daraufhin wendet sich AfD-Stadtrat Bernd Klingler an Treibers direkten Vorgesetzten. Dieser verbittet sich mehr oder

weniger die Einmischung. Herr Raphael Graf von Deym sagt jedoch zu, dass er bei einem Nachweis über einen antidemokratischen, gewaltbereiten Hintergrund die Einwilligung zurückziehen werde.

Kurz darauf werden Herrn Raphael Graf von Deym durch Herrn Klingler die gewünschten Informationen übersandt und der Eingang durch dessen Büro bestätigt. Weder Rückruf noch eine Rücknahme der Zusage erfolgen. So sorgt Graf von Deym dafür, dass die Antifa freie Bahn bekommt und zur Jagd auf eine Versammlung von Demokraten blasen kann.

Am 27.04. ca. 18:20: Herr Brett fährt mit der Straßenbahn zur Schozachstrasse und macht sich von dort, mit seiner chinesischen Lebenspartnerin, zu Fuß auf den Weg ins Bürgerhaus Rot.

Nach einer kurzen Strecke, kurz vor dem Erreichen des Bürgerhauses, will ein Augenzeuge den Ruf gehört haben: ‚Hier ist einer von denen‘. Herr Brett und seine Partnerin werden von Demonstranten umzingelt, am Weitergehen gehindert. Er versucht, sich mit seinem Aktenkoffer vor der Brust zu schützen, will sich durch den Menschenring schieben. Von hinten wird er mit einem Schlag auf den Kopf zu Boden gestreckt. Seine Partnerin erhält einen Schlag in den Rücken, erleidet einen Schock.

Herr Brett berichtete mir heute, dass – als er auf der Straße liegend nach oben blickte – ein Mädchen ca. 16/17 Jahre alt mit einem goldenen Nasenring sich über ihn beugte und sagte: „Jetzt haben wir es Euch Nazis mal gegeben.“ Als Herr Brett ihr entgegnete, dass dies wohl keine große Heldentat war, mit einem halben Dutzend junger Männer einen alten Mann zu umzingeln und niederzuschlagen, veränderte sich ihr überhebliches Grinsen nicht.

Sekunden später stürzte der Eingreiftrupp der Polizei heran und drängte die Demonstranten ab. Herr Brett wurde umgehend

ins Krankenhaus gebracht, wo man eine Gehirnerschütterung und andere Blessuren feststellte. Ein Verdächtiger wurde später in der Innenstadt vorläufig festgenommen und wieder auf freien Fuß gesetzt.

Während des gesamten Polizeieinsatzes anlässlich der politischen Veranstaltung nahmen die Polizisten zusätzlich einen 24 Jahre alten Tatverdächtigen wegen Widerstands und einen 31-Jährigen wegen Beleidigung vorläufig fest.

Das Überlassen des eigenen Parkplatzes durch die Führung der Caritas an eine demokratiefeindliche, gewaltbereite, vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierung ermöglichte erst diese Demonstration.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Caritas zu den finanziellen Gewinnern der von der Regierung herbeigeführten 'sogenannten' Asylkrise gehört. Jetzt wundert mich auch nicht mehr, warum die Caritas in Stuttgart so und nicht anders gehandelt hat. Geht es wie oft im Leben, wieder mal nur ums Geld?

Die Trennung von Kirche und Staat ist in Deutschland faktisch nicht gegeben, die Asylkrise sorgt für weitere kirchliche Einflussbereiche. Die Asylindustrie ist zum großen Teil in kirchlicher Hand. Durch die enge Verstrickung von Staat und Kirche, die Versorgung der Kirchen aus dem Topf der Steuermittel, hat man mit der Asylkrise ein neues Standbein für sich entdeckt, wie man weitere Mittel abgreifen und zur Ausdehnung der eigenen Einfluss-Sphäre nutzen kann, wenn schon die spirituelle Leistung verblasst.

„Rund ein Drittel aller Bundestagsabgeordneten hat zugleich eine Leitungsfunktion bei Diakonie oder Caritas inne, auf kommunaler Ebene sind die Verbindungen noch frappierender, mancherorts betreiben Staat und Wohlfahrt sogar gemeinsame Tochtergesellschaften“, schreibt das Handelsblatt hierzu. Es geht um viel, um sehr viel Geld. Es geht um Milliarden

gefüllte Eurotöpfe.

Heiligt auch bei der Caritas der Zweck die Mittel? Die Caritas mit Linksfaschisten, linksextremen gewaltbereiten Gruppen gegen eine demokratische Partei vereint? War das der Grund, warum die Caritas in Stuttgart, vertreten durch Herrn Raphael Graf von Deym, einigen höchst umstrittenen Gruppen der extremen Linken einen Versammlungsort geschenkt hat?

Alfred Denzinger war auch in Rot auf dem Caritas Areal.

☒ Vom Landeskriminalamt BW als linksmotiviert bezeichnet. Betreibt mit Sohn Nico in Rudersberg die „Beobachter News“ im Internet. Nähe zur Antifa wird ihm nachgesagt. Der Stuttgarter Journalist Alfred Denzinger [Foto, li] wurde durch das Landeskriminalamt Baden-Württemberg im Januar 2017 als „Straftäter linksmotiviert“ bezeichnet. Solchen Menschen öffnet die Caritas ihre Grundstücke.

Auch Jens Heidrich vom „Linken Zentrum Heslach“ war natürlich mit von der Partie:

☒

Eine Anlaufstelle der Antifa, wird gemunkelt. Jens Heidrich arbeitet als Erzieher in Stuttgart Ost. Erziehung, bei ihm Vorbereitung auf das Leben der Kinder, oder Begeisterung für linkes Gedankengut? Diese Frage sollte erlaubt sein.

Das war nicht der erste Angriff in Stuttgart auf Leib und Leben, wie auf Eigentum Stuttgarter AfD-Repräsentanten. Warum wird darüber in den Medien immer so nachsichtig berichtet? Was sagen die Medien? Sie verniedlichen, nennen die Täter „Aktivisten“, ein Angriff wird „offenbar“ genannt (im Journalismus gebräuchlich für unbestätigte Sache), obwohl viele Menschen Augenzeugen waren.

Wie lange will die Politik hier im Lande die Linke Gewalt noch ignorieren und leugnen? Warum können sich weder CDU –

SPD – GRÜNE noch LINKE zu einem Aufruf gegen jegliche Gewalt durchringen? Warum wird immer nur rechte Gewalt thematisiert? Warum werden bei linker Gewalt beide Augen zugedrückt? Was ist seit der widerrechtlichen Öffnung der Grenze mit unserem Staat, seinem Rechtssystem, den Medien, mit uns geschehen?

Der stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, Ralf Stegner, ruft dazu auf, „das Personal der AfD zu attackieren“. Geht jetzt die Saat des Bösen auf? Soll die monatelange Hetze in den „regierungshörigen“ Medien gegen die AfD bald noch mehr Früchte tragen?

Der Bundespräsident schweigt. Eine Nation, die Buhrufe gegen einen Zuwandererbus wochenlang thematisiert, schweigt zu tätlichen Angriffe auf einen Oppositionspolitiker in Köln, wie in Stuttgart. Sollen sich die Chaoten dadurch legitimiert fühlen?

Die Caritas verbündet sich mit Kriminellen, deutsche Bischöfe legen am Tempelberg in Jerusalem ihre Kreuze ab, um Moslems nicht zu provozieren, in Köln wird von Geistlichen unter dem Kreuz gegen die #AfD gebetet, Verfolgung von Christen durch Moslems auf der ganzen Welt von den Kirchen ignoriert, den neuen ‚Fremden‘ unreflektiert gehuldigt.

Geld wird zum Götzen gemacht. Eine solche Vergötzung des Geldes hat Jesus im Blick, als er im Lukas-Evangelium drastisch sagt: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“ Das sollten sich die Kirchen wieder ins Gedächtnis rufen. Solange sie noch Zeit dazu haben.

Wir wünschen unserem Freund Eberhard Brett von hier alles Gute und sind sicher, dass er weder seine Überzeugungen, noch seinen Kämpfergeist aufgibt.

Das werden linke Faschisten, die sich Antifaschisten nennen, nicht schafften. Da bin ich mir ganz sicher.

Ihr Dirk Spaniel

(Fotos wurden von PI eingefügt)

SPD: Offene Gesellschaft braucht Grenzen

☒ Auf einer Veranstaltung in Würselen spricht Martin Schulz auch über Migration. Der bisherige sozialdemokratische Enthusiasmus für offene Grenzen und „Multikulti“ irritiert Teile der traditionellen SPD-Klientel. Um deren Vertrauen zu gewinnen, schlägt der Kanzlerkandidat der SPD jetzt andere Töne an. Es ist Wahlkampf in Deutschland: *Für den Neoliberalismus gilt, dass jeder nach Gutdünken über Grenzen wandern und sich einen Staat aussuchen kann. Das Wohl der Allgemeinheit interessiert dabei nicht. So, liebe Genossinnen und Genossen, war das mit der offenen Gesellschaft nicht gemeint. Leider stellen wir fest, dass sich mit den offenen Grenzen neue Gerechtigkeitslücken auftun, die nicht tabuisiert werden dürfen, sondern angesprochen und geschlossen werden müssen!*

(Eine Satire von Marcus)

Versucht Schulz hier ein heikles Thema zu besetzen, über das bislang nur gehemmt geredet wird? Jährlich wandern Tausende gut qualifizierter Deutscher ins Ausland ab. Dieser Aderlass beeinträchtigt massiv die Kapazitäten des Landes, seine Zukunftsaufgaben zu stemmen. Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich jetzt diesem vernachlässigten Aspekt der Migration und der offenen Grenzen in einer aktuellen Studie gewidmet: *Wir sind dann mal weg! Deutschland ein Auswanderungsland? Kontextuelle Analyse antagonistischer Migrationsimpulse als Krisensymptom spätkapitalistischer Verwerfungen.*

Namhafte Experten weisen nach, dass die Selbstabsentierung aktueller Leistungsträger zur Benachteiligung potentieller künftiger Leistungsträger führt. Von einem Solidaritätsbruch über die Zeitachse hinweg ist die Rede. Die Fähigkeit des Staates, durch Sozial- und Bildungspolitik das Potential an zugewandertem Talent langfristig abzurufen, werde durch die Abwanderung Privilegierter geschwächt. Allerdings lasse sich empirisch nicht belegen, dass die Tendenz zur Auswanderung mit einer gefühlten Abnahme der Lebensqualität infolge verstärkter Zuwanderung zusammen hängt.

Vor Martin Schulz hat sich unlängst Horst Seehofer an das Thema gewagt. Unbedacht brachte er in einem Gespräch mit der Passauer Neuen Presse seine Sorge zum Ausdruck, dass Deutschland in den Prozess einer „Negativ-Auslese“ eintrete, wenn Unqualifizierte zu- und Hochqualifizierte abwandern. Der Shitstorm blieb nicht aus. So twitterten die bayerischen Grünen empört: *„Seehofer gibt den Turbo-Sarrazin! Will die CSU an den Außengrenzen der EU wieder Selektionsrampen einführen? Das kommt uns doch bekannt vor!“*

Laut Insider-Informationen protestierte auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz in einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten. Kardinal Marx, dem Ambitionen auf ein Ministeramt in einer künftigen SPD-Regierung nachgesagt werden, soll sich darin über die fortschreitende „Ökonomisierung“ aller Lebensbereiche beklagen. Menschen nach ihrem Nutzen zu beurteilen, zeuge von einer Verrohung der Gesellschaft. Eine christliche Partei müsse sich stattdessen für eine Wirtschaft einsetzen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht den Profit.

Seehofer wäre nicht Drehhofer, hätte er seiner Partei nicht sogleich Stillschweigen zu dieser unbequemen Thematik verordnet. Die greift in Würselen dafür der SPD-Kanzlerkandidat auf und wendet sie politisch-korrekt: *„Die Zuwanderung und Integration, die uns alle bereichert, stellt eine enorme Herausforderung dar, die nur solidarisch als*

gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung bewältigt werden kann. Es geht nicht an, dass sich Einige, die es sich leisten können, davonstehlen und vor ihren Verpflichtungen drücken.“

Unter frenetischen „Martin, Martin“-Rufen setzt Schulz nach: *„Da werden sie wieder Alarm schlagen von wegen Einschränkung der sogenannten Freiheit. Aber das ist nur die Freiheit, die vom Bankkonto abhängt. Die alleinerziehende Mutter, die im Supermarkt für einen Mini-Lohn schuftet, hat von dieser Freiheit nichts. Zu lange hat in diesem Land die Mentalität geherrscht – ‚Wenn jeder an sich denkt, ist auch an alle gedacht‘. Damit muss Schluss sein. Und dafür stehe ich!“*

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner, bekannt für seine ätzenden Kommentare, greift die Anregung seines Chefs gern auf und spitzt auf Facebook zu: *„Wenn asoziale Egoisten meinen, sich zu gut zu sein für unsere offene Gesellschaft und abhauen wollen, müssen wir mit Härte von ihnen zurückverlangen, was sie der Gesellschaft schulden. Wenn sie dann gerupft sind und dennoch gehen wollen – gut, dann werden wir ihnen keine Träne nachweinen.“*

Nach der Veranstaltung in Würselen versuchten wir von einem sichtlich elektrisierten Martin Schulz in Erfahrung zu bringen, ob er denn an repressive Maßnahmen denke, um Deutsche davon abzuhalten, sich ins Ausland abzusetzen, wenn sie hier keine Zukunft mehr für sich sehen. Das aber, so wurden wir angefahren, sei Fake-News und Hetze. Schulz stellt klar:

„Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten. Aber das Land steht vor großen Herausforderungen. Flüchtlinge müssen integriert werden. Zuwanderer müssen zu Mitbürgern werden. Das geht uns alle an, da kann sich niemand wegducken. Jeder muss seinen Beitrag leisten. Aber wir schaffen das nur, wenn alle mit anpacken.“



Afghane ersticht Frau im Beisein ihrer Kinder

☒ Prien: Am Samstagabend gegen 18.45 Uhr stach ein 29-jähriger Afghane vor einem Lidl-Supermarkt im oberbayerischen Prien auf eine 38-jährige Mutter ein. Ihre beiden fünf- und elfjährigen Kinder wurden Zeugen der blutigen Tat. Die Schwerverletzte, ebenfalls afghanischer Herkunft, wurde ins Krankenhaus gebracht, wo sie ihren Stichwunden erlag. Der Täter konnte, trotz heftigen Widerstandes, unmittelbar nach dem Angriff von Passanten, unter denen sich auch ein Polizeibeamter befand, überwältigt und der [Polizei übergeben werden](#). Hintergründe der Tat sind noch nicht bekannt, fest steht nur, dass Derartiges bei uns nun zum Alltag gehört. Menschen werden brutal auf offener Straße niedergemetzelt und Zeugen werden dabei nicht immer nur unmittelbar Beteiligte sein, sondern auch unsere Kinder können nun grausame Bluttaten fast täglich live miterleben. #Merkelfrühling2017

Monheim am Rhein: BPE-

Aufklärung über DITIB

✘ Nachdem wir von der BPE [in einer ersten Aktion](#) die Bevölkerung Monheims über den Islamverband DITIB [mit einem Flyer](#) aufklärten, der allgemein über die DITIB informiert, führten wir am vergangenen Sonntag eine zweite Flyer-Verteilaktion durch. Dabei verteilten wir ein Faltblatt mit dem Titel „[So denken muslimische Funktionäre](#) über unsere westliche Kultur und Werte“ in einer Stückzahl von etwa 8.000 Exemplaren an die Monheimer Haushalte.

(Von [Bürgerbewegung Pax Europa](#))

Uns von der BPE ist es wichtig, in der Auseinandersetzung um das Moscheeprojekt der DITIB in Monheim das Hauptaugenmerk auf die alles entscheidende Frage zu legen, welche [Ideologie](#) von der DITIB vertreten und anschließend in der Moschee Lehre und Verbreitung finden wird. Dieselbe Frage stellt sich in gleicher Weise beim zweiten Moscheebauprojekt in Monheim, hinter dem der marokkanische Verein „Arabisch-islamische Gemeinde Monheim“ steht.

Die in unserem Flyer zitierten moslemischen Führer und Islamgelehrten verdeutlichen klar, in welchem Verhältnis sie zur Demokratie, zu den universellen Menschenrechten und zum Gedanken der Völkerverständigung stehen. Sie zeigen einmal mehr auf, wie verächtlich und feindlich sie einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnung gegenüberstehen. Zudem offenbart sich, wie absurd und gefährlich irreführend die von weiten Teilen von Politik und Medien vorgenommene Unterscheidung zwischen dem Islam als vermeintlich bloßer, friedlicher Religion einerseits und dem politischen, gewalttätigen „Islamismus“, der nichts mit dem Islam zu tun habe, andererseits ist.

Unter anderem kommt in dem Zitateflyer der in der Zeit von 2003 bis 2010 amtierende Vorsitzende der türkischen

Religionsbehörde DIYANET, welcher die DITIB untersteht, zu Wort. So rechtfertigt der als „gemäßigt“ und „liberal“ geltende damalige Vorsitzende der DIYANET, Ali Bardakoglu, unter Berufung auf den Koran die Gewaltanwendung gegenüber Menschen, die sich der „natürlichen Ausweitung“ des Islam widersetzen. Dies bedeutet, dass Moslems Gewalt ausüben dürfen gegenüber Nichtmoslems, die sich nicht im Zuge von Islamisierungsprozessen der Scharia unterwerfen und sich nicht ihrer angestammten Heimat vom Islam berauben lassen, sondern für ihre ureigene Kultur, Religion und Werte einstehen und diese gegen islamisches Eroberungs- und Herrschaftsstreben verteidigen. Dabei entspricht die von Ali Bardakoglu gemachte Aussage getreu dem Motto „Bist Du nicht willig, so brauche ich Gewalt.“, wobei die von moslemischer Seite aus erfolgende Gewaltausübung als Selbstverteidigung betrachtet wird und durch Allah göttlich legitimiert ist.

Was das Verständnis von Religionsfreiheit und Säkularismus Ali Bardakoglus angeht, betrachtete er im Jahr 2008 den Übertritt von 368 Moslems zum Christentum in der Türkei als Versuch, die Türkei zu zerstören.

Was das Verhältnis Ali Bardakoglus zur aufgeklärten Moderne und zu möglichen Modernisierungsprozessen im Islam anbelangt, spricht seine folgende Aussage Bände:

Ich habe niemals für die Modernisierung der Religion gesprochen. Es steht außerhalb jeder Erörterung, dass das, was im Koran steht, gilt. Das ist unsere Botschaft. Der Islam erlaubt keine Reform und ist für Reformen nicht offen.

Bei unserer Verteilaktion am vergangenen Sonntag waren die Straßen Monheims aufgrund des Weißen Sonntags und des recht ungemütlichen Wetters so gut wie menschenleer. Vereinzelt kamen wir jedoch auch mit Anwohnern ins Gespräch. Dabei gab es sowohl Lob als auch Ablehnung für unsere Aktion. So verweigerte zum Beispiel eine Frau die Annahme unseres

Zitateflyers mit der Begründung, dass der bei unserer ersten Aktion verteilte Flyer hetzerisch und ausländerfeindlich sei. Dem entgegneten wir, dass die faktenbasierte Aufklärung über den Islamverband DITIB nichts mit Hetze oder Ausländerfeindlichkeit zu tun habe. Gänzlich unberührt von den Informationen über die DITIB sprach sie sich uns gegenüber demonstrativ für den Bau der DITIB Moschee in Monheim aus, dabei würde sie ihrem gesunden Menschenverstand folgen und dem Bürgermeister vertrauen, der „ein Auge auf die Moschee werfen werde“. Zugleich räumte sie aber ein, dass sie über keine näheren Kenntnisse über den Islam verfüge. Nachdem eine Kollegin dann noch das ein und andere Wort mit der Frau in Gegenwart eines interessiert zuhörenden Paares austauschte, führten wir unsere Arbeit fort und bestückten die Briefkästen Monheims weiter fleißig mit unserem [Zitateflyer](#).

Nach getaner mehrstündiger Arbeit kehrten wir alle zum gemütlichen Beisammensein in einer Gaststätte ein und ließen unsere Aktion bei einem leckeren Essen Revue passieren. Mit dem guten Gefühl, etwas Sinnvolles getan zu haben, machten wir uns dann wieder auf den Heimweg. An dieser Stelle sei einmal nicht nur den unermüdlichen Mitstreitern der BPE für ihre Arbeit gedankt, sondern auch deren Familienangehörigen, die große Zeitopfer für ihre Lieben aufbringen und viele Stunden auf sie verzichten müssen.

Die in Deutschland im Zusammenhang mit Moscheebauvorhaben von Politik und Medien immer noch beharrlich unterdrückte öffentliche Diskussion über Wesen und Ziele des Islams und über die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der Islamverbände muss endlich ein Ende finden. Dabei ist jeder Bürger gefordert, seinen Beitrag dazu zu leisten. Wir von der BPE fördern mit unserer Aufklärungsarbeit die öffentliche Debatte über den Islam, die endlich offen und tabulos geführt werden muss.

Aufklären statt Verschleiern!

Video Fürth: Antifa attackiert Journalisten

Der patriotische Journalist [Gernot H. Tegetmeyer](#) filmte eine Antifa-Demo am gestrigen Samstag Nachmittag in Fürth. Sofort wurde er von linken aggressiven Meinungsfaschisten angegriffen. Nur durch den Schutz von rund zehn Polizisten, die weitere körperliche Attacken verhinderten, konnte er seine Arbeit fortführen. Am Ende des Videos weist Gernot, der bekanntlich auch Teamleiter von [Pegida Mittelfranken](#) ist, auf einen für uns Patrioten wichtigen Gerichtstermin am kommenden Dienstag um 10 Uhr vor dem Landgericht Nürnberg und die nächste Pegida am Freitag um 19 Uhr in Fürth hin.

(Von Michael Stürzenberger)

Der Flyer dieser antidemokratischen linken Extremisten war natürlich auch in gewohnt verhetzender Weise auch gegen die AfD gerichtet. Besonders verleumderische Passagen wurden von der PI-Redaktion rot markiert (zum Vergrößern klicken):



Hier wird verbal der Boden für gewalttätige Ausschreitungen bereitet. Das ganze faschistische Treiben wird bekanntermaßen auch noch aus dem gut gefüllten 100 Millionen Euro-Topf des instrumentalisierten „Kampfes gegen Rechts“ von Ministerin Manuela Schwesig direkt und indirekt finanziert, die den Linksextremismus auch noch als „aufgebauschtes Problem“ in verantwortungsloser Weise beschönigte. Die Realität zeigt hingegen, dass der Linksextremismus einer der Hauptquellen für

Gewalt gegen Personen und Sachen in unserem Land ist. Linke Regierungspolitiker missbrauchen die Mittel gegen tatsächliche extremistische Verfassungsfeinde, um demokratische politische Konkurrenten mundtot machen zu können.

Wir haben es mit Anti-Demokraten in Regierungsverantwortung zu tun. Es wird höchste Zeit, dass die AfD nach den Wahlen im Bundestag, wie bereits angekündigt, einen Untersuchungsausschuss zum Thema Linksextremismus fordert und auch durchsetzt. Anschließend ist der völlig falsch betitelte „Kampf gegen Rechts“ in „Kampf gegen Extremismus“ umzubenennen, bei dem radikale Verfassungsfeinde von linksextrem über rechtsextrem bis hin zu fundamental-islamisch gleichermaßen bekämpft werden müssen.

ZDF: Totes Meer gehört zu Palästina!

☒ Wo liegt Palästina? Wie viele Menschen leben in Palästina? Wie heißt die Hauptstadt von Palästina? Wie heißt der See in Palästina, auf dem man durch den hohen Salzgehalt in Rückenlage vor sich hintreiben kann? Muten Ihnen die Fragen seltsam an? Mit Recht. Denn es gibt zwei Zeiten, in denen man die Fragen vielleicht und zum Teil so hätte stellen können: vor der Gründung des Staates Israel oder nach seiner Zerstörung, in der Zukunft.

In der Diktion von Israel-Hassern, seien sie nun von der Fatah oder der Hamas (oder ihren deutschen Freunden in linken Parteien), ist das ihr Land, Palästina, und es ist mehr als nur eine Namensänderung, wie man bei dem [indoktrinierten Merkel-Mädchen Reem](#) naiv denken könnte:

Aber was heißt eigentlich Palästina? Von welchem Gebiet spricht sie? "Alles", sagt Reem. Aber da ist Israel. "Ja, noch, aber meine Hoffnung ist, dass es irgendwann nicht mehr da ist, sondern nur noch Palästina." Wie soll das gehen? "Das Land sollte nicht mehr Israel heißen, sondern Palästina."

Insofern muss es stutzig machen, wenn in der ZDF-Quizsendung mit dem vielsagenden Titel [„Mich täuscht keiner“](#) vom 20.4. Moderator Dirk Steffens die Frage nach dem Toten Meer an die Gäste Marcel Reif und Mirja Boes geographisch so stellt, wie oben beschrieben:

Wie heißt der See in Palästina, auf dem man durch den hohen Salzgehalt in Rückenlage vor sich hintreiben kann?

Hier der Moment im Video der Sendung zu sehen bei 1:23:06 min.:

Man hätte ja auch nach einem See mit hohem Salzgehalt in Israel bzw. zwischen Israel und Jordanien fragen können. Die Fragen werden vom „Mich täuscht keiner“-Team sicher nicht in fünf Minuten aufs Papier gekritzelt, sondern in einer Redaktionssitzung dezidiert durchgesprochen. Das fiel auch dem „Unabhängigen Nahost-Thinktank“ [„Mena-Watch“](#) auf, das beim ZDF zu dieser Formulierung nachfragte:

Da das Tote Meer in Deutschland zumeist Israel und Jordanien zugerechnet wird, wüsste ich gern, wie es kommt, dass in diesem Fall eine andere Bezeichnung gewählt wurde. Gibt es Erwägungen, auch in Nachrichtensendungen wie ‚heute‘ und ‚heute journal‘ die geografische und politische Bezeichnung ‚Israel‘ durch ‚Palästina‘ zu ersetzen?

Pressesprecher Stefan Unglaube war so freundlich, bei der Redaktion von „Mich täuscht keiner“ nachzufragen. Hier die Antwort:

„Ziel bei der Formulierung der Frage für die schnelle Finalrunde in unserem Naturwissenschafts-Quiz war allein die geographische Verortung des Gewässers. Zu diesem Zweck wurde die Regionsbezeichnung Palästina gewählt. Trotz der Tatsache, dass große Nachschlagewerke wie der Brockhaus oder der Duden das Tote Meer in ihren aktuellen Ausgaben in Palästina verorten, hätten die politischen Implikationen der Formulierung bedacht werden müssen. Dies war ein Fehler, den wir bedauern.“

Bei der Ausrichtung auf die linkssozialistische Merkelsche Staatsräson, die dazu führt, dass sich unser Außenminister lieber mit israelfeindlichem Pack unterhält als mit dem gewählten Staatschef des Landes Israel, bei solch einer Ausrichtung, die die Staatsmedien mittragen, muss davon ausgegangen werden, dass solches Merkelsches Neusprech in Zukunft noch häufiger auftauchen wird.

Wir werden ein Auge darauf haben und das immer wieder ansprechen. Uns täuscht keiner!

» Kontakt: zuschauerservice@zdf.de

Charakterlose Merkel hündisch hinter Erdogan

☒ Vor drei Tagen wurden in der Türkei wieder über 1000 „Gülen-Anhänger“, im Klartext also Erdogan-Gegner, einfach auf die Schnelle verhaftet und weggesperrt. *Allein in der Nacht zum Mittwoch wurden landesweit 1120 Personen festgenommen, gegen rund 2000 weitere ergingen Haftbefehle. Die Betroffenen sind überwiegend Polizisten.* Donnerstag nacht ließ Erdogan

[Wikipedia sperren](#). Am Freitag erging in der Türkei ein Dekret, [3974 weitere Beamte](#) zu entlassen. *Seit der Putschnacht wurden rund 140.000 Personen festgenommen, rund 50.000 inhaftiert. Gegen 40.000 weitere laufen Prozesse [und Ermittlungsverfahren](#).* Und was sagen unsere bis ins Mark charakterlose Kanzlerin und die restliche Politbagage in Berlin und Brüssel?

Europa sollte sich nicht [von der Türkei abwenden](#), die [Beitrittsverhandlungen](#) zur EU gehen weiter, und der [Doppelpass für Türken](#) bleibt. Was für ein Gelichter!

Alice Weidels Privatleben am Medienpranger

☒ Wer dieser Tage per Google nach der Alternative für Deutschland sucht, erhält neben den obligatorischen, parteiapokalyptischen Umfragen zu den anstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, die der AfD den von vielen Medien und Politikern lang ersehnten Tiefflug prophezeien, vor allem Einträge über Alice Weidel, die Frau, die sich mit Alexander Gauland die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl teilen wird.

(Von Stresemann)

Weidel ist homosexueller Ausrichtung, christlichen Weltbildes und den Medien nach zu allem Überfluss auch noch Mitglied einer rechtsgerichteten Partei, der man mangels gehaltvoller Argumente vor allem mit Urteilsschablonen zu begegnen versucht. Eine dieser Schablonen ist der Vorwurf der Homophobie, dessen Rechtfertigung nach der Wahl einer Homosexuellen zur Spitzenkandidatin nun auf der Kippe steht.

Die Partei hat nicht nur an und für sich strategisch klug gehandelt und nimmt mit der Wahl Alice Weidels vor allem jenen den Wind aus den Segeln, die bei jeder Gelegenheit versuchen, auf der Homophobie-Welle zu surfen, sie stiftet vor allem zu einer albernem Kreativität der Vernaderung und Miesmacherei in der deutschen Journaille an.

Dabei dürfte klar sein, dass die Partei mit Sicherheit nicht zuvor intern zur Wahl Weidels aufgerufen haben dürfte. Einerseits können weder alle zum Bundesparteitag entsandten Parteimitglieder in ihrem persönlichen Votum gleichgeschaltet, noch könnte eine solche Order geheimgehalten werden. Mit absoluter Sicherheit wäre ein solcher Aufruf auf beliebigem Wege nach außen gelangt und hätte für reichlich Wirbel in den Medien gesorgt – zum Kollateralschaden der Partei.

Selbstverständlich hätte es am Folgetag Schlagzeilen geregnet, die Partei hätte zur Wahl Weidels aufgerufen, um sich eben jene Person als Talisman gegen Homophobie-Vorwürfe umhängen zu können. Dass die Delegierten aber tatsächlich keinen Anstoß an Weidels sexueller Ausrichtung finden und sie aus politisch-inhaltlicher Überzeugung wählten, käme den Medien nicht in die Tüte. Schließlich braucht es zur Auflagensteigerung ein kontroverses Thema, über das man sich pseudomoralisch das Mundwerk zerreißen kann, während man zugleich das halbe Privatleben bzw. die Sexualität Weidels zur öffentlichen Sache macht, um öffentlich einen vermeintlichen Widerspruch zwischen ihrer Ausrichtung und den Positionen der AfD auf die Agenda zu setzen.

Ähnliche Vorgänge hatte es bereits gegeben, als der schwarzafrikanische AfD-Politiker Achille Demagbo das Interesse der Medien weckte. Ein Schwarzer als Mitglied einer rechtsorientierten Partei – ein solcher „Widerspruch“ dürfe von den Medien, die sich etwas Schlagzeilenpotentes herbeikonstruieren, nicht ungefressen am Straßenrand liegen gelassen werden. Dabei wurde der Partei vorgeworfen, sie würde mit Demagbo eine Art „Quoten-Neger“ unterhalten, um gegen

Rassismuskorwürfe geschützt zu sein.

Erst ein Interview mit Demagbo selbst, in dem er aussagte, er sei nie abfällig behandelt und sogar in den Landesvorstand gewählt worden, beerdigte das Thema – aber freilich nicht den immer wiederkehrenden Rassismus-Vorwurf. Dieser muss bei jeder Gelegenheit bei der Hand sein, wenn im Kampf der Argumente eine Niederlage droht.

Dabei ist der Süddeutschen Zeitung nun ebenfalls ein besonderer Erguss soziologischer Erkenntnisgewinnung gelungen. [Im Interview mit einer sogenannten „Sozialpsychologin“](#) wird über die persönlichen Beweggründe der Alice Weidel, AfD-Funktionärin zu sein, aufgeklärt.

Dabei unterstellt ihr das Interview Anbiederung an eine bestimmte Strategie, sich als Minderheit einer Mehrheit anzuschließen, um wiederum gegen andere Minderheiten zu „hetzen“ und selbst einen besseren Status zu erhalten. Es wird der Verdacht impliziert, Weidel stünde innerhalb der Partei aus Homophobie tatsächlich insgeheim auf der Schwarzen Liste und würde nur aus strategischen Gründen geduldet.

Dabei ist vor allem zu betonen, dass versucht wird, den vermeintlichen Widerspruch in den Fokus zu rücken, Homosexualität sei mit einer Mitgliedschaft in der AfD unvereinbar. Ich hingegen frage mich, ob nicht die Unvereinbarkeit von Homosexualität und islamischer Ablehnung selbiger einen größeren Widerspruch darstellt.

Weidel selbst hat klargestellt, dass Formen des Zusammenlebens wie homosexuelle Partnerschaften in der islamischen Welt keinerlei Existenzrecht besitzen und die AfD sich dem Kampf gegen diese antiliberalen Erscheinungen und somit dem einzig effektiven Schutz der Homosexualität verschrieben hat. Die etablierte Politik hingegen ignoriert den Hass der islamischen Welt auf die Homosexualität und betätigt sich, in Reih und Glied vor den Karren gespannt, weiterhin als Steigbügelhalter

der Hetze gegen sexuell Andersorientierte durch Einwanderer.

Bis das gleichgeschaltete, linke Parolen-Chor zum Eingeständnis dieses wahren Widerspruchs trotz seiner grenzenlosen Arroganz bereit ist, ist die Hölle zugefroren.



Akif Pirinçci: Female shit happens

☒ Am 19. April wurde Saudi-Arabien in einer geheimen Abstimmung des UNO-Wirtschafts- und Sozialrates, eines der sechs Hauptorgane der Vereinten Nationen, der nächste [Vorsitz für die Kommission für die Rechtsstellung der Frau](#) zugesprochen. Von 2018 bis 2022 wird die saudische Delegation somit in der UNO zum obersten Wächter der Frauenrechte. Daß nun ausgerechnet Saudi-Arabien künftig für die UNO über die Rechte der Frauen wachen wird, klingt für viele Frauenorganisationen wie ein Hohn, auch deshalb, weil die Saudis erst vor Kurzem mit der Gründung eines Mädchenrates weltweit für Empörung gesorgt hatten. Denn der Rat bestand, wie ein Foto dokumentierte, aus 13 Männern – aber keinem einzigen Mädchen.

Doch der Vorwurf, dadurch ausgerechnet den Bock, der für die Unterdrückung der Frauen allseits bekannt ist, zum Gärtner zu machen, greift zu kurz. Denn die Saudis wollen in Sachen

Frauenrechte nun völlig neue Wege gehen. Als einziges Medium weltweit durfte „Kleiner-Akif-Press“ mit dem saudischen UN-Botschafter Abdulaziz Alwasil in einem Acht-Sterne-Puff in Riad ein Interview über das Thema führen.

KLEINER-AKIF-PRESS: Eure Exzellenz, Saudi-Arabien übernimmt in einem Jahr den Vorsitz der Kommission für die Rechtsstellung der Frau. Wie haben Sie diese Entscheidung aufgenommen? War es eine Überraschung für Sie?

ABDULAZIZ ALWASIL: Allerdings! Eigentlich wollten wir den Vorsitz für die Homosexuellenrechte bekommen, weil wir noch einen einzigen lebenden Schwuli im Lande haben – wartet gerade auf seine Köpfung. Aber dann stellte sich heraus, daß eine alte UNO-Regel besagt, daß es mindestens zwei sein müssen. Auch unser Einwand, daß ein Kamelhengst in der Provinz Tabuk ein total verschultes Verhalten an den Tag legt und sich die Nüstern schminkt, wurde abgeschmettert. So bekamen wir leider dieses Restposten-Ressort.

KAP: Heißt das, daß Sie in den nächsten Jahren diesbezüglich eher durch Untätigkeit auffallen werden.

AA: Im Gegenteil! Wir nehmen den Vorsitz sehr ernst und bringen gleich viele innovative Ideen in die Kommission mit. Wir werden dieses Frauen-Gedöns geradezu revolutionieren. Denn unsere Inspiration ist der Koran.

KAP: Könnten Sie ein paar dieser Ideen aufzählen, Exzellenz?

AA: Der Hauptunterschied unserer Amtsperiode zu den vorangegangenen wird darin liegen, daß wir die internationalen Hygienestandards anheben und in die Frauenthematik einbinden werden. So werden wir zum Beispiel ein UNO-Programm starten, das den Bau von getrennten Kanalisationen für Frauen in jedem der Mitgliederstaaten fördert.

KAP: Wie bitte?

AA: Saudische Wissenschaftler haben herausgefunden, daß Frauenfäkalien 14 Mal toxischer sind als die der Männer. Außerdem stinkt Frauenkacke auch schlimmer. Meine eigenen 23 Ehefrauen dürfen die Toilette bei mir im Haus schon lange nicht mehr benutzen und müssen in die Wüste, wenn sie ihr Geschäft verrichten wollen. Mit einem Schaufelchen versteht sich. Außerdem sind herkömmliche Kläranlagen mit den Ausscheidungen von Frauen völlig überfordert. Das Zeug klumpt wie Sau, oh Pardon, wie Ziegenscheiße. Und in einer geschlechtsneutralen Kanalisation besteht stets höchste Explosionsgefahr, weil bei der Vermischung von Frauenkot und -urin mit denen des Mannes zu einer unkontrollierbaren chemischen Reaktion kommt. Mal abgesehen davon, daß auch Jungfrauen scheißen. Über der Erde sollen diese keusch und züchtig sein, aber unten dürfen ihre Ausscheidungen schamlos über die der Männer herfallen dürfen? Geht gar nicht!

KAP: Interessant. So haben wir es gar nicht betrachtet. Gibt es noch andere Initiativen?

AA: Klar. Wir wollen eine Maßeinheit für Frauen einführen?

KAP: Häh?

AA: Ganz einfach: Ihnen ist sicherlich bekannt, daß die veraltete Maßeinheit „Kalorie“ für den Brennwert im Körper zugunsten der viel genaueren Einheit „Joule“ schon vor Jahren abgeschafft wurde. Ähnlich verhält es sich bei den Frauen. So wie die Sache heute gehandhabt wird, ist sie viel zu kompliziert. Wenn wir heute eine Frau XY beschreiben wollen, sagen wir vielleicht blond, schlanke Figur, 169 groß, freundliche Erscheinung usw. Diese Beschreibung ist erstens viel zu lang und zweitens irreführend und trifft nicht den Kern. Die UNO bekommt viele Beschwerden von Partnervermittlungsagenturen, die wegen dieser immensen Datenhuberei über Arbeitsüberlastung für ihre Mitarbeiter klagen. Zudem gibt es immer noch kein für alle Länder geltendes Standardmaß für das Produkt Frau. Ich meine, wenn

man „Holstein-Kuh“ sagt, weiß jeder auf der Welt, was damit gemeint ist. Doch was soll man sich unter einer „Spanierin“ oder „Pariserin“ vorstellen? Mit dieser Größe läßt sich nicht einmal bei der Börse spekulieren. Deshalb wollen wir die Maßeinheit MK für die Frau einführen.

KAP: Was bedeutet MK?

AA: Mösenkilo!

KAP: Und wie bemißt sich MK.

AA: Ganz einfach. Ein Mösenkilo ist eine Vagina, und alles, was sich davon im Körper der Frau weiter entfernt, nimmt im Quadrat ab. Klingt auf den ersten Blick kompliziert, aber so war es ja auch bei der Einführung des Zentimetermaßes. Die Containerschiffsfahrt jubelt bereits über diese Vereinheitlichung. Jetzt kann man den Stauraum, den eine Frau für sich braucht, exakt berechnen.

KAP: Was steht noch auf Ihrer Agenda, Exzellenz?

AA: Wir werden sofort ein milliardenschweres Programm zur Besiedlung des Mars für Frauen auflegen. Sie kennen doch den Spruch: Männer kommen von der Venus, Frauen vom Mars.

KAP: Heißt es nicht genau umgekehrt?

AA: Vielleicht, aber das spielt keine Rolle. Wir von der Kommission streben jedenfalls an, daß die Frauen einen eigenen Planeten bekommen. Das ist Gleichberechtigung pur! Dort brauchen sie sich auch nicht mehr zu verschleiern und können in aller Öffentlichkeit stricken oder menstruieren. Ein Versorgungsraumschiff bringt ihnen jede Woche die neuesten Diät-Bücher und Karotten zu ihnen. Für uns Männer hätte das Konzept der getrennten Planeten wiederum den Vorteil, daß wir nicht andauernd den Müll rausbringen müßten und uns nur noch vom Tiefkühl-Pizza ernähren könnten.

KAP: Und wo treffen sich dann Mann und Frau, Eure Exzellenz?

AA: Was für eine Frage. Auf dem Mond natürlich!

KAP: Eure Exzellenz, wir danken Ihnen für das Interview. Jetzt muß ich mich aber sputen. Meine 128 MK wartet mit dem Essen auf mich.

(Im Original erschienen bei der-kleine-akif.de)



Kardinal Marx: Die Europäer haben eine moralische Verantwortung für die Welt

☒ Einmal mehr meldet sich der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx (Foto) als selbsternannte moralische Instanz zu Wort. Die Europäer müssten „nationalstaatliche Gegensätze“ überwinden, lamentiert er in einem Gastbeitrag der „[Frankfurter Rundschau](#)„. Es herrsche eine verbreitete Unzufriedenheit, für die die Schuld „Brüssel“ gegeben werde. Dabei seien „Europäische Ergebnisse“ nicht an der EU, sondern „an nationalen Egoismen gescheitert“, so Marx, „der gleichzeitig den „Rückzug auf das Nationale“ ebenso geißelt wie die „populistische Bestrebungen Osteuropas“ und ebensolche in Westeuropa, „wo rechte Parteien Schaukämpfe mit dem Islam führen und sich auf ein kulturalistisches

Verständnis des Christentums berufen“, wie er schreibt. Dabei hätten die Europäer „eine moralische Verantwortung für die Welt, für die ärmeren Länder“, so Marx.

In typisch linker suizidaler Manier fordert der Kirchenfürst eine „pluralistische, offene Gesellschaft“, alles andere würde unsere Freiheit gefährden. Ein Zurück zu geschlossenen Gesellschaften sei nicht wünschenswert. Und ein Rückzug auf das Nationale, auf das Geschlossene sei auch keine christliche Option, so der Kardinal. Mit dieser realitätsverweigernden Aussage möchte er uns „Hoffnung“ vermitteln.

Wir meinen, die linken unsere Werte zerstörenden Kirchendiktatoren sollten sich endlich darauf zurückbesinnen, die Kirchengemeinden als solche zu betreuen und vor allem ihre Gläubigen in der Welt zu schützen, damit hätten sie genug zu tun auch wäre es wünschenswert, würden sie sich an die Trennung von Kirche und Staat halten und sich aus der weltlichen Politik zurückziehen. Sie sind da weder erwünscht, noch hilfreich. (lsg)



Merkel für Macron – Wahlkampfhilfe für Le Pen?

☒ Merkel [wünscht sich Macron](#) als nächsten „starken“ französischen Präsidenten, sie wünscht sich sozusagen Macron

als Partner – M&M. O la la, wenn das man nicht Marine Le Pen Prozentpunkte einbringen sollte, denn die Franzosen mögen deutsche Dominanz oder überhaupt deutsche Einmischung gar nicht. Vielleicht kennen sie auch schon den Kosenamen ihres Pro-Establishment Status-quo-Kandidaten Macron, der da lautet: „Männlicher Merkel von Soros Gnaden“.

(Von Alster)

Merkel und Macron sind sowieso schon ausgewiesene Partner im Geiste. Macron befürwortet den europäischen Zentralismus, er hat immer wieder eine stärkere EU gefordert. Macron hat wiederholt die Migrationspolitik der deutschen Bundeskanzlerin gelobt. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 1. Januar 2017 beschuldigte Macron die Kritiker der Merkelschen Offene-Tür-Migrationspolitik der „schändlichen Übersimplifizierung“. Er sagte: „Merkel und die deutsche Gesellschaft als Ganzes haben unsere gemeinsamen europäischen Werte veranschaulicht. Sie haben unsere kollektive Würde durch die Annahme, Unterbringung und Schulung von notleidenden Flüchtlingen gerettet.“ Macron glaubt, dass die französische Sicherheitspolitik unfair auf Muslime ausgerichtet ist, und dass „der Säkularismus nicht als Waffe zum Kampf gegen den Islam geschwungen werden sollte“, und er meint, dass der islamische Staat nicht islamisch ist: „Was ein Problem darstellt, ist nicht der Islam, sondern bestimmte Verhaltensweisen, die als religiös bezeichnet werden und dann Personen auferlegt werden, die diese Religion praktizieren“, [so der französische Präsidentschaftskandidat](#).

Hinsichtlich der nationalen Sicherheit kopierte Macron den Vorschlag von Le Pen zur Wiedereinführung des Wehrdienstes, wobei er Männer und Frauen im Alter zwischen 18 und 21 Jahren nur einen Monat in den Streitkräften dienen lassen will, was dann wohl „eher einem Pfadfinderlager gleichkäme“, so Fillons Sprecher Luc Chantel. So ist der Ober-Elite-Populist Emmanuel Macron nicht gerade glaubwürdig, was auch so manchem Franzosen auffällt: „Glaubt mir – ich belüge euch“



Wie auch unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel, die dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ neben dem [Partnerwunsch mitteilte](#): Sie gehe davon aus, „dass jeder europäische Regierungschef genauso wie die deutsche Bundeskanzlerin die Interessen des jeweiligen Landes und seiner Menschen vertritt“.

Marine Le Pen kann man nur raten, die Franzosen über die anstehende Partnerschaft M&M zu informieren und daran zu erinnern, dass auch der deutsche „EU-Capo Schulz“ Macron überschwänglich zum Ausgang des 1. Wahlganges gratuliert hat, schließlich haben die wackeren Franzosen im Referendum 2005 mit 54,87 Prozent „Non“ zur EU-Verfassung gesagt (um 2009 mit einem zusammengeschusterten Lissabon-Vertrag betrogen zu werden).

Noch ein kleiner Hoffnungsschimmer: Die zunehmend überforderten Polizisten wählen mehrheitlich Le Pen. In Versailles haben [48 Prozent für Le Pen gestimmt](#). Was nicht wundert, ist die Polizei nach der Bevölkerung das zweite Opfer und verzeichnet da derzeit 500 verwundete Beamte pro Monat. Ein [Beamter nach Macron gefragt](#): „Macron? Ahahahah! Macron?! Ahahahah!“



Schweden: Syrer brachten mafiaartige Zustände

☒ Sigtuna ist ein Kleinstädtchen, etwa 50 Kilometer nordwestlich von Stockholm. Knapp 9.000 Menschen leben in Sigtuna, das idyllisch am Sigtunafjärden liegt. Doch die Idylle täuscht. Hier hat eine Art Mafia aus syrischen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei die Macht übernommen, wie das schwedische Fernsehen in einer Reportage berichtet. Es geht um Korruption, illegales Glücksspiel, Drogen und Gewalt.

(Von Chevrolet)

Die [aufsehenerregende Reportage](#) des staatlichen Senders SVT berichtet, die Übernahme der Kleinstadt durch Syrer habe im Jahre 2002 begonnen, als im Zuge von Wahlen die Sozialdemokraten unter Anders Johansson an die Macht kamen. Der frühere Bürgermeister Peter Kockum, von der Moderaten Sammlungspartei berichtet den Reportern, dass die Sozialdemokraten durch ein Versprechen an die syrische Gemeinschaft im Ort an die Macht kamen: Für eine Schwedenkrone (10 Cent) würde man ihnen ein größeres Grundstück verkaufen.

Das brachte den Sozialdemokraten einen Stimmengewinn von sechs Prozent ein. Mit diesem Wahlsieg habe sich die politische Kultur in der Stadt grundlegend und nachhaltig geändert. Jetzt

gehe es nur noch um den Austausch von Vorteilen und Gefallen, so der frühere Bürgermeister. Mit anderen Worten: massive Korruption.

Alles dreht sich dabei um den syrischen Geschäftsmann und Mitglied der Sozialdemokraten, Ismet Karademir. Dessen Fußballklub wurde rein zufällig durch die Stadt gefördert, indem man großzügig auf die Miete für die städtischen Sporteinrichtungen verzichtete. Wie legal diese Regelung war, darf angezweifelt werden. Im Jahr 2015 ging der Fußballklub bankrott und hinterließ der Gemeinde Schulden in Höhe von 340.000 Kronen (etwa 35.000 Euro). An Karademir blieb nichts hängen, hatte er doch rechtzeitig das sinkende Schiff verlassen.

Der hatte das Vereinsheim unterdessen zum Treffpunkt für die zahlreichen Syrer in der Stadt gemacht. Doch nicht nur um Treffen ging es, sondern auch um illegales Glücksspiel. Nach Polizeiangaben geht von diesem Vereinsheim, in dem auch Karademir verkehrt, ein erhebliches Kriminalitätsrisiko aus. Lehrer einer nahegelegenen Schule seien bereits angegriffen worden, und nachts komme es immer wieder zu Schießereien auf offener Straße zwischen einzelnen syrischen Banden. Zudem werde offen mit Drogen gehandelt. Aller Versuche das Verbrechernetz zu schließen scheiterten am aktuellen Bürgermeister Ibrahim Khalifa (kl. Foto), der dies immer wieder verhinderte und weiterhin die Zustände wie im Wilden Westen toleriert.

Khalifa indessen pflegt einen engen Kontakt mit Karademir, dem „Paten“ der Syrer-Mafia. Da bleiben illegal errichtete Gebäude stehen und Bau-Aufträge werden direkt an die Karademir-Firma vergeben. So ganz wohl scheint es selbst führenden Sozialdemokraten im Ort nicht zu sein bei den dubiosen Verflechtungen zwischen den Syrern. Es herrsche eine Art „Gesetz der Straße“, sagt Anna Kalles, ein führendes Mitglied der Sozialdemokraten. Bürgermeister Khalifa habe aber den Gemeinderat völlig unter seiner Kontrolle.